

Joachim Sikora – Elisabeth Jünemann

Der Weg ist das Ziel

Planung und Verlauf des Konsultationsprozesses für ein sozialpolitisches Wort
der Kirchen

Die Intentionen der Kirchen, vor ein gemeinsames Wort „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ einen Konsultationsprozeß zu schalten, wird von Beginn an begleitet vom lebhaften Interesse der kirchlichen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit. In den letzten Jahren, darin ist man sich weithin einig, hat es in Deutschland kein kirchliches Vorhaben gegeben, das auf vergleichbare Resonanz und Publizität in der Öffentlichkeit verweisen könnte.

Beschluß und Vorbereitung

Es beginnt am 23./24. Juni 1993 auf der Sitzung der Kommission VI (für gesellschaftliche und soziale Fragen) der Deutschen Bischofskonferenz. Angesichts der akuten Veränderungen unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Grundbedingungen kommen die Teilnehmer überein, ein grundlegendes Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage vorzubereiten. Aber, fragt man sich, wird ein Wort im bisherigen Stil der neuen gesellschaftlichen Situation nach der Wende genügen? Müßte man nicht viel direkter als bisher die Alltagserfahrung der Menschen einbeziehen? Die Idee der „Konsultation“ ist geboren.

Mit den Vorbereitungen wird sofort begonnen: Zunächst wird ein ausführliches Thesenpapier verfaßt, als Grundlage für ein erstes Gespräch, zu dem Repräsentanten aus Gesellschaft, Wirtschaft und Kirche eingeladen werden sollen. Am 20. Oktober 1993 nehmen elf Bundestagsabgeordnete von CDU, CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen an einem Gespräch im Katholischen Büro in Bonn teil. Am 21. Oktober treffen sich dort bei dem Gespräch mit den Wirtschaftsorganisationen und gesellschaftlichen Gruppen 14 von 16 eingeladenen Verbänden, darunter Spitzenverbände der Wirtschaft, Gewerkschaften, kommunale Verbände, Wohlfahrts- und Sozialverbände. Am 27. Oktober treffen sich in der Akademie „Die Wolfsburg“ knapp 180 Vertreter der katholischen Verbände, Organisationen und Einrichtungen, darunter alle Laienorganisationen, Diözesanräte, Caritisdirektoren, Werke, Akademien, Sozialinstitute und Lehrstuhlinhaber für Sozialethik.

Die Ergebnisse dieser ersten „Konsultationsrunde“ werden im Dezember 1993 von der Deutschen Bischofskonferenz (als Arbeitshilfe Nr. 116) dokumentiert. Nun steht für 1994 die Erarbeitung der eigentlichen Diskussionsgrundlage für den Konsultationsprozeß an. Inzwischen ist klar: Das geschieht mit der Beteiligung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Man hat das Ziel, ein gemeinsames Wort der christlichen Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage zu veröffentlichen. Eine (nach Konfession und Geschlecht) gemischte Arbeitsgruppe von 10 Personen nimmt die Aufgabe in Angriff.

Für eine Störung der Vorbereitungsphase sorgt Mitte August 1994 eine Indiskretion, durch die ein veralteter, inoffizieller Textentwurf mitten im Wahlkampf an die Öffentlichkeit gelangt und mit seiner vermeintlichen Kritik an der Bundesregierung erhebliche Irritationen auslöst.

Am 22. November 1994 wird in einer Pressekonferenz die offizielle Schrift „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ vorgestellt. Dies sei kein amtliches „Hirtenwort“, heißt es, nicht einmal der „erste Entwurf“. Die Rede ist vielmehr von der „Diskussionsgrundlage für den Konsultationsprozeß über ein gemeinsames Wort der Kirchen“. Das Dokument ist damit nicht nur Text, sondern auch Ereignis: Der Auftakt für kirchliche Konsultationen. Mit seinem Erscheinen ist die ökumenische Konsultation eröffnet.

Mit der Veröffentlichung ist die Einladung verbunden, sich am Konsultationsprozeß zu beteiligen. Eine Einladung, die sich zunächst, sagt der Vizepräsident des EKD-Kirchenamtes Hermann Barth (Hannover), an die Kirche selbst richtet, an die Gemeinden, die Verbände, engagierte Gruppen und einzelne Orden, Akademien und Erwachsenenbildungseinrichtungen. Da es nun aber nicht um speziell kirchliche Belange gehe, seien ebenso die Vertreter von Parteien, Wirtschaft und Gewerkschaften eingeladen, Stellung zu nehmen. Man brauche den Rat von Experten und Wissenschaftlern wie die Stimme der Menschen, die mit den im Papier beschriebenen Belastungen und Schwierigkeiten leben müssen. Der Konsultationsprozeß sei angewiesen „auf das heiße Herz und den kühlen Kopf“.

Man werde, erklärt der Bischof von Hildesheim und Vorsitzende der Kommission VI der Deutschen Bischofskonferenz, Josef Homeyer, das geplante Vorgehen, das Wort entsprechend dem Verlauf des nun beginnenden Prozesses und den dort gewonnenen Erfahrungen und Ergebnissen erarbeiten. Deshalb wird das Vorhaben einer breiten Konsultation ausgesetzt. Man erwartet Stellungnahmen aus Kirche und Gesellschaft.

Das Vorwort, vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und dem Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz gemeinsam unterschrieben, formuliert: „In einem öffentlichen Gespräch sollen, angestoßen durch den hier vorliegenden Text, die vielschichtigen Fragestellungen, die Erfahrungen, die konkreten Nöte und Bedrängnisse der Gesellschaft, die vielen Vorschläge zur Verbesserung der Situation zur Sprache kommen und diskutiert werden.“ Die Kirchen

wollen kein fertiges Dokument vorlegen. Der Grundlagentext ist, wie der Sekretär der Kommission VI, Elmar Remling, betont, von vornherein konzipiert als Impulspapier. Das Redaktionsteam habe ihn in diesem Sinn entworfen. Der Text sei angewiesen auf die Diskussion. Er solle zur Diskussion anstoßen, die Diskussion herausfordern.

Was die Dauer des Diskussionsprozesses angeht, so denken die Kirchenleitungen an ein Jahr. Dieser Zeitraum scheint angemessen, um eine sachgerechte Auseinandersetzung mit den aufgeworfenen Fragen und ihre eingehende Beratung zu ermöglichen. In vielen Institutionen und Verbänden ist man da anderer Ansicht und fordert schon gleich zu Beginn die Verlängerung der Eingabefrist für Stellungnahmen.

Den Kirchenleitungen geht es darum, eine Art Generaldebatte über die wirtschaftliche und soziale Lage in Gang zu bringen. Und das ist nicht in der Weise möglich, daß Bischöfe – gegebenenfalls von ausgewählten Experten beraten – allgemeine Normen verkünden, moralische Zwischenrufe formulieren und erwarten, daß alle sich daran orientieren.

Dem Kirchenverständnis des Zweiten Vatikanischen Konzils entsprechend, so formuliert Bischof Homeyer, muß man allen in der Kirche die Möglichkeit geben, sich an der Debatte zu beteiligen. Dazu gehört die Erfahrung der in den einzelnen Sachbereichen engagierten Christen, also der Basis, dann die reflektierende Kompetenz der Theologen, insbesondere der Sozialethiker, und schließlich die Leitungsverantwortung der Bischöfe. Es geht darum, daß alle miteinander ins Gespräch kommen, um so dem Evangelium und der jeweiligen Problemlage entsprechende Einsichten und Antworten zu finden, die, weil sie von allen in der Kirche erarbeitet wurden, dann auch von allen getragen werden können.

Mit dem Stichwort der Konziliarität verbindet sich, so der Landesbischof von Berlin-Brandenburg, Wolfgang Huber, eine grundsätzlich andere Form kirchlicher Urteilsbildung. Zum Prinzip der Konziliarität gehört nicht nur die Vorbereitung einer kirchlichen Stellungnahme durch einen möglichst breit angelegten Diskussionsprozeß; dazu zählt auch, daß das Ergebnis von Gruppen und Gemeinden aufgenommen, rezipiert werden muß. Erst mit einer lebendigen Rezeption und Umsetzung kommt eine derartige Stellungnahme ans Ziel.

Reaktionen und Diskussionen

Auf Reaktionen aus der Öffentlichkeit braucht man nicht zu warten. Die Tagespresse berichtet am folgenden Tag. Kaum eine Bistums- oder Verbandszeitung, die nicht umgehend den Konsultationsprozeß der Kirchen zum Thema macht. Papier und Prozeß werden diskutiert und kommentiert, kontrovers und konstruktiv. Artikel zum Inhalt des Diskussionspapiers sind in der Folgezeit genauso

auf der Wirtschafts- wie auf der Politikseite der Zeitungen zu suchen. Schon bald kommen auch die ersten schriftlich eingereichten Stellungnahmen.

Die öffentliche Meinung ist, was niemanden erstaunt, keineswegs einhellig. Schon über das Ansinnen der Kirche, ihren Beitrag zu den wirtschaftlich-sozialen Problemen der Menschen zu leisten, denkt man verschieden. Kirchen sollten die christliche Erlösung verkünden, liest man in der einen Zeitung; ein sozialpolitisches Engagement wird da eher außerhalb der eigentlich christlichen Botschaft gesehen. Jetzt besinne sich die Kirche auf ihre ureigene Aufgabe und Verantwortung, schreibt zum selben Thema die andere; hier wird die Zuständigkeit der Kirche im wirtschaftlich-sozialen Bereich verstanden als Dienst am Menschen, zu der sie verpflichtet sei. Die einen sind froh, nun endlich von den Kirchen ein offenes Wort zur sozialen Lage zu hören, die anderen fürchten, man beuge sich da als Kirche doch zu weit aus dem Fenster. Anmaßung und Einmischung? Oder doch Verpflichtung? Man ist sich da nicht ganz einig.

Erst recht gehen die Meinungen auseinander, wenn es um den Inhalt des Impulspapiers geht: Dieses Papier der Kirchen müßte Pflichtlektüre werden, loben die einen – übertrieben negativ sei die wirtschaftlich-soziale Situation in Deutschland beschrieben, man fühle sich bei der Lektüre passagenweise nach Bangladesh versetzt, kritisieren die anderen; das Papier leide, steht später in einer Eingabe, unter einer „miserabilistischen“ Grundperspektive. Zu fromm sei das Papier, wird in Eingaben kritisiert – die biblische Grundlage fehle, und überhaupt sei es theologisch nicht solide fundiert, beklagen die anderen. Gut lesbar sei das Papier, sagen die einen – genau das Gegenteil, nämlich schwer verständlich, finden es die anderen.

Schnell werden die thematischen Lücken entdeckt, offengelegt und diskutiert. Vor allem daß die Situation der Frau in Gesellschaft und Wirtschaft kaum vorkommt, wird als eklatanter Mangel scharf kritisiert. Bedauerlich sei auch, daß die Verantwortung der Kirchen als Arbeitgeber oder Immobilienbesitzer nicht deutlicher werde und ihre Vorbildrolle in bestimmten Bereichen, so im Umgang mit Fremden oder im Bemühen um familienfreundlichere Strukturen, nicht angesprochen werde.

In der Folge wird aber – bei aller Meinungsverschiedenheit über die Qualität – in der Regel auf der Basis des Impulspapiers und innerhalb der dort vorgegebenen Themenbreite diskutiert. So war es auch gedacht. Und trotz aller Haken und Mängel scheint das Diskussionspapier genau das zu bewirken, was man erwartet hat: den Denkprozeß anzuregen. Das Ergebnis läßt sich an den Stellungnahmen ablesen.

Wenn es auch zu stimmen scheint, daß sich die Idee, einem ökumenischen Kirchenwort ein Konsultationsverfahren vorzuschalten, im allgemeinen breiter Zustimmung erfreuen darf, bei der Beurteilung der Erfolgchancen gehen die Meinungen auseinander. Die einen gehen hoffnungsvoll davon aus, daß längst nicht

nur die sozial engagierten Christen bereit seien, selbstbewußt und kritisch Verantwortung mitzuübernehmen und Entscheidungen mitzutragen; sie erwarten eine breite Reaktion. Die Erwartung der Kirchen, weite Kreise, gar Kirchenferne, anzusprechen, halten andere für überspannt. Ein Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Situation in Deutschland, meinen sie, sei und bleibe die Sache interessierter Insider. Wer sich nicht ohnehin mit Fragen zu Kirche und Arbeit auseinandersetze, werde auch vom Konsultationsprozeß mit ziemlicher Sicherheit unberührt bleiben.

Alle hat man eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen. Eine Grundsatzdebatte soll ausgelöst werden. 400 000 Exemplare der Diskussionsgrundlage sind verteilt worden; darüber hinaus ist auch oft kopiert und in anderen Publikationen vollständig abgedruckt worden. Der Text wurde übersetzt ins Englische, Französische, Spanische und Italienische. Schnell sind alle Exemplare vergriffen.

Nun kommt es auf die Rückmeldung an. Diese fällt unterschiedlich, insgesamt aber, gegen alle Unkenrufe, durchaus zufriedenstellend aus. Erstaunlich schnell reagieren die Akademien und die Verbände. Landauf, landab vergeht keine Woche mehr, in der nicht eingeladen wird zu Veranstaltungen. Nicht nur kirchliche Institutionen, auch Gewerkschaften, Parteien und politische Gruppierungen, Akademien und Sozialinstitute, Initiativgruppen und Gesprächskreise nehmen den Prozeß auf, tragen ihn sogar selbst in der öffentlichen Diskussion weiter.

In den Bistümern werden „Koordinierungsausschüsse“ und „Lenkungsgruppen“ gegründet. Sie sollen mit der Planung von Veranstaltungen und Maßnahmen den Prozeß unterstützen und dem Austausch von Erfahrung dienen. Die kirchliche Erwachsenenbildung ist gehalten, Themen des Prozesses in ihr Programm aufzunehmen. Referentenlisten werden erstellt, Gesprächskreise gebildet. Ein ökumenisches Konsultationsnetz ist geknüpft worden, in dem Aktivitäten zu bestimmten Schwerpunktthemen unterstützt und zusammengeführt werden.

Erstaunlich aktiv – weil weder von den Kirchenleitungen noch dem Diskussionspapier so direkt angesprochen – sind auch die jungen Leute in den Kirchen. Neben den in Verbänden organisierten Jugendlichen sind es meist die Schüler, die sich im Religionsunterricht mit dem Konsultationsprozeß der Kirchen auseinandersetzen. Bei den einen mündet die Arbeit im Prüfungsthema Konsultationsprozeß beim Abitur. Andere formulieren eine Stellungnahme oder lassen sich anregen zu entsprechenden Projektarbeiten. So wagt sich ein Abiturskurs aus Rüsselsheim in die gesellschaftliche Realität des lokalen Umfelds.

Es fehle noch, klagt man zunächst in manchen Regionen, die Basis. Die Gemeinden müßten engagierter mitwirken. Sie sollten stärker miteinander ins Gespräch kommen über Themen, die die wirtschaftlich-soziale Situation betreffen. Sie sollten sich sensibilisieren lassen für die da sichtbar werdenden Probleme und Herausforderungen. Die Zusammenhänge erkennen, daß zum Beispiel die demographische Entwicklung mit der Familienpolitik zu tun hat, die Arbeitslosigkeit

mit Armut und mit der Gestalt unserer sozialen Sicherungssysteme zusammenhängt.

Im Februar 1995 meldet die Clearing-Stelle der katholischen Kirche, eingerichtet im Katholisch-Sozialen Institut in Bad Honnef, daß sich die Eingaben dort stapeln. Hunderte von Stellungnahmen sind eingegangen. Inzwischen beteiligen sich auch Gemeindegruppen, ökumenische Gruppen, Gesprächskreise und Privatpersonen. Was sie geschrieben haben, wird hier und in der Clearing-Stelle der evangelischen Kirche in Bochum aufbereitet und zugänglich gemacht.

Der sicher nicht aus der Luft gegriffenen Klage, das Diskussionspapier habe den Weg über die Schreibtische in den meisten Gemeinden nicht überstanden, steht gegenüber, daß man sich gerade auf den höheren, hauptamtlichen Ebenen intensiv mit Papier und Prozeß auseinandersetzt. Das belegt ein Blick in den Veranstaltungskalender von 1995: Hauptamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen werden zu Studientagen eingeladen, um sich mit dem Impulspapier zu beschäftigen, Kirchenleitungen laden Gemeindeleitungen zu entsprechenden Fortbildungswochen ein, Bistumsleitungen und Dekanatskonferenzen lassen sich regelmäßig über den Stand des Prozesses informieren, Landeskirchen und Diözesen organisieren Akademietage. Bischöfe diskutieren mit Pfarrern über die Möglichkeiten eines entsprechenden Engagements in ihren Gemeinden. Kirchenleitungen und Kommissionen beteiligen sich mit Stellungnahmen am Prozeß. Institutionen der Erwachsenenbildung, die um die Dringlichkeit politisch-sozialer Bildung wissen, nehmen den Prozeß engagiert in ihre Arbeit auf und tragen ihn in die Gemeinden und ihre Gruppen. Schon bald werden Arbeitshilfen entwickelt und zur Verfügung gestellt.

Dialog mit Politik und Wissenschaft

Über die Kirche hinaus sind Diskussionspapier und -prozeß schnell in die politische Debatte geraten. Parteien, Gewerkschaften, politische Verbände, Wirtschaftsverbände sehen sich angesprochen und reagieren. So gibt es im Februar 1995 ein Sondierungsgespräch mit dem Chef des Bundeskanzleramts. Zuvor, im Januar, hat schon ein Gespräch zwischen dem nordrhein-westfälischen Kabinett unter Leitung von Ministerpräsident Johannes Rau und den katholischen Bischöfen und evangelischen Kirchenpräsidenten von Nordrhein-Westfalen stattgefunden. Auch im Bundestag ist der Konsultationsprozeß der Kirchen Gesprächsthema. Im Juli stehen Gespräche mit dem Vorstand der DAG und mit dem DGB an. Die SPD-Bundesfraktion hat im Rahmen einer Sondersitzung zum Gespräch über das Konsultationsvorhaben eingeladen. Am 5. Februar 1996 treffen sich auf Einladung der CDU in Bonn Politiker und Vertreter der Kirchen, um miteinander ins Gespräch zu kommen. Etliche Eingaben kommen aus den Ministerien

und von Politikern der im Bundestag vertretenen Parteien. Bundesminister äußern sich zum Grundlagentext, ebenso politische Führungskräfte verschiedener Parteien. Presse, Rundfunk und Fernsehen berichten detailliert.

Wichtig ist den Kirchen natürlich auch die Resonanz aus der Wissenschaft. Die Kirchen sehen in den Wissenschaftlern wichtige Partner bei der Vorbereitung des gemeinsamen Wortes. Die Wissenschaftler folgen der Einladung. Wissenschaftliche Beiträge in Fachzeitschriften erscheinen oder werden in der Tagespresse veröffentlicht. So reagiert der Ökonom Walter Hamm in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ mit einer Wirtschaftsseite kritisch auf das Diskussionspapier, der Sozialethiker Friedhelm Hengsbach zieht in der „Frankfurter Rundschau“ ganzseitig eine „Zwischenbilanz“, der Theologe Theodor Herr kommentiert mit einer Serie in der „Deutschen Tagespost“ Papier und Prozeß. Der Sozialethiker und Bischof Wolfgang Huber findet in einer Eingabe positive Worte für das Verfahren des Konsultationsprozesses, das er als „kleine Revolution“ empfindet, und auch für den Inhalt der Diskussionsvorlage, die er als „mutig“, „klar“ und „weiterführend“ beurteilt. Der katholische Pastoraltheologe Stefan Knobloch nennt in der KAB-Zeitschrift „Unser Dienst“ den Konsultationsprozeß ein „positives, demokratisch-synodales Beispiel für die Zukunft der Kirche“.

In vielen Seminaren der Hochschulen werden je nach Fakultät einzelne Themen des Diskussionspapiers intensiv bearbeitet. Auf den Tagungen der wissenschaftlichen Beiräte etlicher Verbände, zum Beispiel des Familienbundes der Deutschen Katholiken, geht es in diesem Jahr um den Konsultationsprozeß. Gesprächsforen laden Wissenschaftler ein zur Diskussion um Themen des Konsultationsprozesses. So finden in Bonn drei Foyerabende der Jesuiten statt unter dem Titel „Christliche Ethik und politische Alltagsfragen“. Die schriftlichen Eingaben über Verlauf und Ergebnis dieser Veranstaltungen bereichern den Prozeß.

Am 12. September 1995 diskutiert man Papier und Prozeß in Bonn-Bad Godesberg auf einem „Wissenschaftlichen Forum“, zu dem die beiden Kirchen eingeladen hatten, weil sie, so schreiben der Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD, Günter Brakelmann, und der Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle, Anton Rauscher, im Vorwort zur späteren Dokumentation dieser Tagung, großen Wert darauf legen, „die Meinungen und die gesicherten Erkenntnisse der Wissenschaftler, die sich mit wirtschaftlichen und sozialen Problemstellungen befassen, kennenzulernen“. Was die Kirchen auf diesem Kongreß – manche fassen ihn als den Höhepunkt des Dialogs mit der Wissenschaft auf – zu hören bekommen, ist nicht schmeichelhaft. Man rügt Unterstellungen und Übertreibungen, Irrtümer und Fehldiagnosen. Die Kirchen zeigen sich der Kritik gegenüber aufgeschlossen und diskussionsbereit. Anwesende Vertreter der Medien greifen nachher in ihren Kommentaren vor allem die Kritik des Vorsitzenden des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auf.

Zwischenbilanz

Mit dem Einsendeschluß der Stellungnahmen am 10. Februar 1996 war die Zeit gekommen, eine Bilanz zu ziehen. Dazu haben die Kirchen ins Berliner Abgeordnetenhaus eingeladen. Mehr als 400 Frauen und Männer haben diese Einladung angenommen, unter ihnen auch Repräsentanten aus Kirche und Öffentlichkeit, so der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof Klaus Engelhardt, der sich positiv überrascht zeigte über die große Resonanz des Konsultationsprozesses in der Öffentlichkeit. Die Sprecher bekräftigen das Recht auf Einmischung der Kirchen in wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten im Interesse der Menschen. Den Weg der Konsultation erkennen die Beteiligten im nachhinein auch als Mittel, dem „enttäuschten und angeschlagenen Kirchenbewußtsein“ zu begegnen. Mit seinem Aufruf, sich „mehr von den Wunden der Zeit und den gesellschaftlichen Herausforderungen beanspruchen“ zu lassen, um nicht „eine der wenigen günstigen Stunden der gesellschaftlichen Auseinandersetzung im öffentlichen Gespräch“ zu verpassen, erntet der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, starken Beifall.

Es werden Arbeitsgruppen zu den folgenden thematischen Bereichen angeboten: „Arbeit für alle – wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen der Arbeitslosigkeit“, „Option für die Armen – Spaltungen überwinden“, „Umwelt- und Sozialverträglichkeit des Wirtschaftens“, „Solidarität und Gerechtigkeit weltweit“, „Zukunft der Familie“, „Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft“, „Umbau des Sozialstaates im Prozeß der europäischen Einigung“ und „Anfragen an die Kirchen im Kontext des Konsultationsprozesses“. Hier wird intensiv diskutiert; die Ergebnisse werden in der Reihe „Gemeinsame Texte“ (Nr. 8) veröffentlicht.

Der eigentliche Prozeß der Konsultation hat in Berlin sein vorläufiges Ende gefunden. Das erste Ziel scheint erreicht. „Der Weg ist das Ziel“, heißt es. Der Prozeß ist die Botschaft. Die verschiedensten, auch kontroversen Eindrücke, Reflexionen, Ideen und Argumente aus 2300 Stellungnahmen sind gesammelt, zueinander in Beziehung gebracht und miteinander konfrontiert worden. Darunter sind, was wiederholt bezweifelt worden ist, auch Eingaben von Menschen, die von der wirtschaftlich-sozialen Lage betroffen sind, gebündelt etwa in den im Bistum Aachen gesammelten „Lebensbildern“.

Die Erwartungen sind hoch. Auf ein deutliches Wort wartet man. Aber schon wieder gehen da die Vorstellungen auseinander. Parteiisch werde das Kirchenwort sein, hoffen die einen. Auf keinen Fall dürfe sich ein Wort der Kirchen auf eine Seite schlagen, mahnen die andern. Am besten, man würde, so ein Vorschlag an die Kirchen, den Text so abfassen, daß jede beteiligte Gruppe sich „auf die Füße getreten“ fühlt.

Ortsbeschreibung oder Wegweiser? Politische Platzanweisung oder christliche

Wegweisung? Ein „prophetisch-utopisches Wort“ stellt sich mancher vor; „Visionen für die Zukunft der postindustriellen Gesellschaft“. Nicht Rezepte, sondern Leitbilder werden gefordert. Phantasien und konkrete Vorschläge, wie unsere Gesellschaft (und die „Eine Welt“) gestaltet werden sollten, müßten es sein. Das gerade Gegenteil sei notwendig, bekommen sie von anderer Seite zu hören; auf realisierbare Reformvorschläge komme es an, wolle man als Kirche in wirtschaftlich-sozialen Fragen ernst genommen werden. Wie immer das gemeinsame Wort der Kirchen „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ aussehen wird, jedenfalls – da trifft man sich nun doch wieder – soll es ein Wort sein, an dem die Verantwortlichen in der Kirche, in Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit nicht vorbeigehen können.

Auswertung und Aufbereitung

Die Kirchenleitungen hatten zugesagt, daß alle Eingaben der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die beiden Informations- und Clearingstellen, nämlich das Sozialwissenschaftliche Institut (SWI) der Evangelischen Kirche in Deutschland (Bochum) und das Katholisch-Soziale Institut (KSI) der Erzdiözese Köln (Bad Honnef), waren beauftragt worden, die Eingaben möglichst kurzfristig nach der Beendigung der Eingabephase zu veröffentlichen. In sehr intensiver Form wurden die Eingaben bearbeitet und ausgewertet.

Aus zeitlichen und wirtschaftlichen Gründen entschieden sich die Informations- und Clearingstellen, die weitere Bearbeitung nach der Zwischenbilanz in Berlin arbeitsteilig vorzunehmen. Das SWI erhielt den Auftrag, einen „Reader“ zum Konsultationsprozeß zu erarbeiten, während das KSI die Eingaben auf CD-ROM aufbereiten sollte. Der „Reader“ wird eine Auswahl von wichtigen, typischen, auffallenden und bemerkenswerten Texten enthalten, während die CD-ROM mit Lesehilfen vor allem die Eingaben dokumentieren soll.

Die Aufbereitung und Veröffentlichung der Eingaben zum Konsultationsprozeß hat unabhängig von dem abschließenden Wort der Kirchen eine eigenständige Bedeutung. Die Auswertung soll die Vorgehensweise in der Bearbeitung der Eingaben transparent und zugleich die wichtigsten Aussagen und Perspektiven nachvollziehbar werden lassen. Unabhängig von einer wissenschaftlichen Dokumentation, die noch erfolgen muß und sicherlich mehr Zeit in Anspruch nehmen wird, geht es in der vorzulegenden Auswertung darum, alle Eingaben in systematischer Form zu erschließen.

Anstelle eines mehrere tausend Seiten umfassenden, gedruckten und relativ teuren Berichtsbands, hat man sich entschlossen, alle Eingaben auf einem neuen Medium, einer CD-ROM, zu erfassen und vielfältige Zugänge zu den Texten zu ermöglichen. Für diejenigen Leserinnen und Leser, die nicht über das technische

Medium verfügen, bieten die „Lesehilfen“ einen umfassenden Überblick und eine Art Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen.

Die Speicherkapazität einer CD-ROM gestattet nicht nur die Textsuche nach Autoren, Institutionen, Dokumentennummern, Bundesländern, Kapiteln und Bibelstellen, sondern auch eine Volltextsuche. Sie bietet außerdem einen ungewöhnlichen Zugang zu den Eingaben über einen „Atlas der Gesellschaft“ – ein origineller und einfacher Weg, um einen Überblick über die vierzehn Themenfelder zu gewinnen. Auf der CD-ROM findet sich noch vieles Wissenswerte zum Konsultationsprozeß, wie etwa eine Chronologie, Pressesplitter, Arbeitshilfen, wichtige Vorträge, Graphiken, eine umfangreiche Bibliographie, die Diskussionsgrundlage (Impulstext), auch in englischer, französischer, spanischer und italienischer Übersetzung, sowie die Dokumentation der „Berliner Konsultation“, das Protokoll des „Wissenschaftlichen Kongresses“ und die Arbeitshilfe 116 der Deutschen Bischofskonferenz. Schließlich kann die CD-ROM auch als „normale“ Audio-CD genutzt werden. Ein Hörfunk-Feature (51 Minuten) vermittelt ein umfassendes Bild vom Konsultationsprozeß in Originaltönen.

Eine achtköpfige Redaktionskonferenz arbeitet seit Monaten an einem neuen Textentwurf. Die Intentionen der Eingaben sollen darin enthalten sein. Ein vierundzwanzigköpfiger Beirat berät, gibt Anregungen, macht Formulierungsvorschläge, erarbeitet Textpassagen. Die mehrfach überarbeitete Fassung eines Textentwurfs wird im September der Deutschen Bischofskonferenz und im Oktober dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland vorgelegt. Das weitere Prozedere wird von den Entscheidungen der beiden Kirchenleitungen abhängen, die auch – wie bereits bei der Vorlage der Diskussionsgrundlage deutlich betont wurde – das Wort in ihrer Verantwortung veröffentlichen werden.